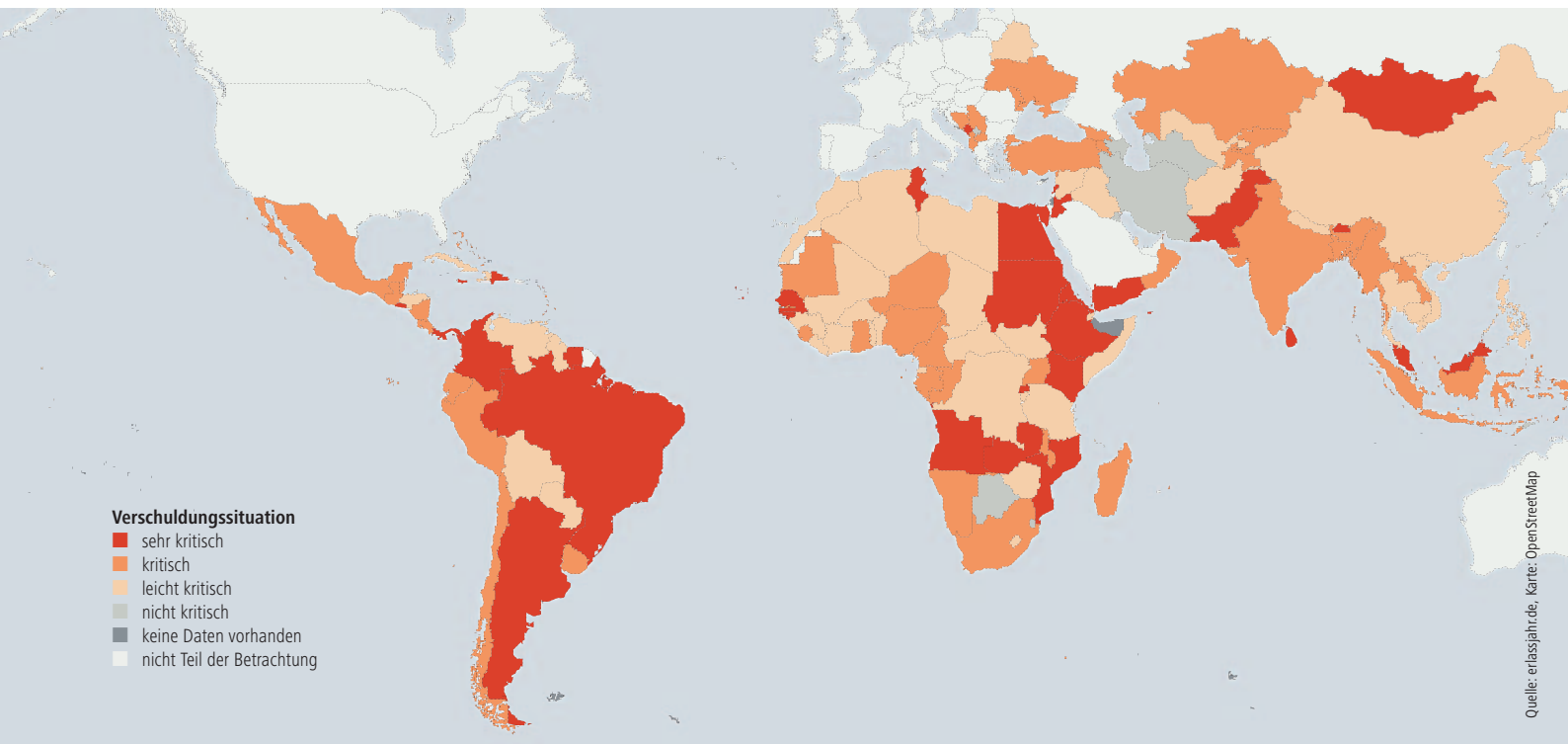


NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* II/2021



Schuldenkrise nach Corona: Überblick

Umwelt-, Corona- und Schuldenkrise zusammendenken

In früheren Schuldenkrisen haben Länder oft ein ganzes Jahrzehnt verloren, weil es so lange gedauert hat, die Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen. Schuldenerlasse, bei denen die freiwerdenden Gelder für ökologische Investitionen genutzt werden müssen, könnten ein Ausweg sein.

Die Welt ist in der vierten Schuldenwelle. Die ersten drei endeten alle mit einer Krise. In den 1980er Jahren gingen in der sogenannten Tequilakrise mehrere lateinamerikanische Länder pleite. In den 1990er Jahren betraf die sogenannte Asienkrise insbesondere Thailand, Indonesien und Südkorea. Die dritte Schuldenwelle, in der sich vor allem Privatpersonen überschuldet hatten, endete 2009 mit der Finanz- und

Wirtschaftskrise. Und nun also die vierte Welle. Sie gewinnt durch Corona an Wucht. Begonnen hat sie indes schon im Jahr 2010, vor allem in Ländern des Globalen Südens. Dort erreichten die Schulden von Staat, Firmen und Privaten 2019 den Wert von 176 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Weltbank schätzt, dass allein die Staatsschulden im Jahr darauf um weitere 9 BIP-Prozentpunkte zunehmen.

Zugleich brachen wegen der Coronapandemie dann auch noch die Steuereinnahmen ein und die Ausgaben für Gesundheit und soziale Unterstützungsmaßnahmen stiegen sprunghaft an. Im Schnitt investierten die Länder des Globalen Südens 10 BIP-Prozente in Coronamaßnahmen, das zeigt eine Auswertung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, UNEP. →

Inhalt

Schuldenkrise nach Corona

Umwelt-, Corona- und Schuldenkrise zusammendenken	S. 1
Der Kommentar: Der Globale Süden braucht finanziellen Spielraum	3
Argentinien: Land in Notsituation	4
Philippinen: Wenn zu Hause die Jobs fehlen	5
Gesundheitssektor: »In der Branche grassiert der Burnout«	6
Aus den Projekten	
Konzerne als Hebel für Gewerkschaftsarbeit	7

In Kürze

Mehr Schutz für Umweltaktivist_innen	
Beste Covid-Reaktion: Argentinien	
Milliarden für sozialverträglichen Wandel	
Pseudo-Schutz in Freihandelsabkommen	
Filmtipp: Percy!	8

→ Trotzdem nahm die Armut massiv zu: Die Weltbank schätzt, dass rund 120 Millionen weitere Menschen weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag verdienen, noch einmal 220 Millionen Menschen weniger als 3,20 Dollar. Angesichts dieser Armut und Schulden warnt UN-Chef Antonio Guterres: »Wir können nicht sehenden Auges in eine Schuldenkrise laufen, die vorherseh- und vermeidbar ist.«

Die Weltbank teilt diese Sicht und mahnt zu zügigem Handeln: »Präventive Umschuldungen gehen mit besseren makroökonomischen Ergebnissen einher als Umschuldungen nach einem Konkurs.« Diese Mahnungen sind nicht zuletzt ein Eingeständnis, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Kurz nach Beginn der Coronakrise boten die G20-Staaten inklusive China den 73 ärmsten Ländern ein Schuldenmoratorium an, das 44 angenommen haben. Für diese Länder wird der Schuldendienst bis Ende 2021 gestundet. Weniger Schulden haben sie dadurch allerdings nicht.

Da hilft die zweite Maßnahme schon eher: Der Internationale Währungsfonds (IWF) plant, quasi aus dem Nichts 650 Milliarden US-Dollar zu schaffen. Möglich macht das die IWF-eigene Währung, die Sonderziehungsrechte (SDRs). Die neu geschöpften SDRs werden gemäß ihren Quoten an die IWF-Mitglieder verteilt. Das heißt: Große und reiche Länder bekommen mehr als kleine und arme. Trotzdem bleiben auch für diese noch Milliarden. Für die ärmsten Länder sind es SDRs im Wert von 21 Milliarden US-Dollar, für andere Entwicklungsländer (ohne China) SDRs im Wert von 212 Milliarden Dollar.

Aber auch das wird letztlich nicht reichen. Laut dem IWF sind aktuell mehr als die Hälfte der 70 ärmsten Länder der Welt in Gefahr, in eine Schuldennotlage zu geraten. Zumindest bei

diesen Ländern haben dies auch die G20-Staaten eingesehen. Sie schufen im Dezember einen sogenannten gemeinsamen Rahmen (engl. Common Framework), der Schuldenerlasse als letztes Mittel vorsieht. »Dass sich die G20 Staaten so schnell auf den Common Framework einigen konnten, ist bemerkenswert«, sagt Kristina Rehbein von der Entwicklungsorganisation [entw.de](http://www.entw.de). »Die Gläubigerstaaten haben eingesehen, dass sie präventiv handeln sollten.« Bislang haben allerdings erst drei Länder Verhandlungen unter dem Common Framework beantragt: Sam-bia, Äthiopien und Tschad.

»Indem wir die Schulden erlassen und das Geld für die Bekämpfung des Klimawandels freigeben, verändern wir die Welt.«

Rehbein kritisiert, dass das Moratorium wie auch der Common Framework nur den ärmsten Ländern offen steht. »Das Absurde ist, dass den Ländern gemäß der Höhe des Einkommens Zugang gewährt wird und nicht gemäß der Größe des Schuldenproblems.« Viele kleine Inselstaaten hätten etwa große Verluste, weil der Tourismus wegfällt. Doch da sie über ein sogenanntes mittleres Einkommen verfügen, können sie den Common Framework nicht in Anspruch nehmen. Dabei seien diese Staaten oft auch besonders von der Klimakrise betroffen – eine Kombination, die nach Worten von IWF und Weltbank »ein systemisches Risiko für die Weltwirtschaft darstellt«. Oder anders: Die Umwelt-, Corona- und Schuldenkrisen müssen zusammengedacht werden.

Genau das machen drei Studien der Hein-

rich Böll Stiftung, der Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Erlassjahr und des Thinktanks New Climate Institute. Diesen Studien ist gemein, dass sie die drei Krisen zusammen analysieren, und auch bei den Lösungsvorschlägen gibt es Parallelen: Länder in einer Schuldennotlage wird ein teilweiser Schuldenerlass angeboten, wenn sie einen Teil der neu gewonnenen finanziellen Flexibilität für grüne Investitionen nutzen. Der frühere britische Premierminister Gordon Brown sagte bei der Vorstellung der Böll-Studie: »Indem wir den Armen die Schulden erlassen und das Geld für die Bekämpfung des Klimawandels freigeben, können wir beginnen, die Welt zu verändern.«

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund fordert Entschuldung und Investitionen zur gleichzeitigen Bekämpfung der multiplen Krisen im Bereich Arbeit und Bildung, Gesundheit und Soziales sowie Klima. Generalsekretärin Sharan Burrow mahnt jedoch, dass Lippenbekenntnissen nun eine praktische Abkehr von der gescheiterten Austeritätspolitik der vergangenen Jahre folgen muss. Deren verheerenden Auswirkungen haben sich im Bereich Bildung, soziale Sicherung und Gesundheit in der Coronakrise besonders deutlich gezeigt.

Mittlerweile mehren sich auch die Zeichen, dass es tatsächlich zu Schuldenschnitten kommt. Bei einem Treffen mit afrikanischen Staaten hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron zu einem »New Deal für Afrika« aufgerufen, um »die Grundlagen für einen neuen Wachstumszyklus auf dem Kontinent zu legen«. Zuvor hatte sein Land dem Sudan Schulden im Wert von fünf Milliarden Dollar erlassen. Und auch der deutsche Finanzminister Olaf Scholz hat sich für Schuldenschnitte ausgesprochen. Damit diese Maßnahmen aber tatsächlich den richtigen Ländern zugutekommen, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: China als größter bilateralen Geldgeber der Welt muss sich an diesen Erlassen beteiligen. Und das Gleiche gilt für kommerzielle Gläubiger wie Banken oder Hedgefonds. »Viel hängt davon ab, ob es den G20 gelingt den Privatsektor miteinzubeziehen«, sagt Rehbein.

Die »ordnungspolitisch sauberste Lösung« dazu sei ein Insolvenzrecht für Staaten sagt Rehbein. Dieses zu schaffen, hat unter anderem der IWF schon mehrfach versucht, er ist aber jedes Mal gescheitert. Rehbein hofft, dass die Coronakrise nun den entscheidenden Impuls bringt, ist aber nicht allzu optimistisch: »In der Krise ist es schwer, Reformen umzusetzen, und wenn dann nach der Krise der große Aufschwung einsetzt, ist das Thema wieder vom Tisch. Das darf nicht wieder passieren.«

Der Autor: Christian Mihatsch ist freier Journalist und lebt in Chiang Mai



Foto: Vaughan McShane (CC BY-SA 2.0)

Kleinen Inselstaaten, wie Mauritius, fehlen Einnahmen aus Tourismus. Sie sind auch vom Klimawandel besonders betroffen, können das Moratorium und den Common Framework aber nicht in Anspruch nehmen, da sie über ein sogenanntes mittleres Einkommen verfügen

Der Globale Süden braucht finanziellen Spielraum



Foto: ILO

Sinkende Einnahmen und höhere Ausgaben u. a. für die Gesundheitssysteme haben die Schulden weiter in die Höhe getrieben

Es gäbe Möglichkeiten, den am meisten von den Krisen betroffenen Ländern zu helfen, statt sie tiefer in die Schuldenspirale zu treiben. Aber sie werden nur unter politischem Druck umgesetzt werden. Dabei sollten die Gewerkschaften eine führende Rolle übernehmen.

Die globale Coronakrise hat auch die ohnehin unzureichende Entwicklungsfinanzierung schwer getroffen. Steuereinnahmen im Globalen Süden sind eingebrochen, private Auslandsinvestitionen zurückgegangen. Diese sinkenden Einnahmen treffen auf steigende Ausgaben zum Beispiel im Gesundheitssektor oder um den steigenden Bedarf an Sozialleistungen zu decken. Dieser Schereneffekt lässt die Finanzierungslücke noch steigen.

Dass die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 2020 leicht gestiegen sind, ist dabei wenig hilfreich. Denn dabei ging es überwiegend um zusätzliche Kreditvergabe großer Entwicklungsbanken wie der Weltbank oder der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Finanzierung von Entwicklung durch Kredite ist jedoch für die Länder fatal, die bereits unter einer hohen Schuldenlast ächzen. Jeder Euro, der an die Gläubiger_innen überweisen wird, fehlt bei der Finanzierung von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit. Schuldenstreichungen zur Abwehr von Schuldenkrisen werden zwar jetzt international diskutiert, aber bislang in der Praxis nicht umgesetzt.

Die Krise hat immerhin neuen Schwung in die Debatten gebracht. Relevante internationale Organisationen und Gremien wie die UNO, der Internationale Währungsfonds (IWF) oder G20/G7 haben Entwicklungsfinanzierung prominent auf der Agenda. Die Ergebnisse waren bislang jedoch bescheiden. Die G20 haben den ärmsten Ländern bereits im April 2020 ein Schuldenmoratorium angeboten, jedoch keinen Schuldenerlass – bis Ende 2020 wurden lediglich 5 Milliarden US-Dollar gestundet.

Quantitativ relevanter war die Entscheidung des IWF vom April 2021, Sonderziehungsrechte (SDR) im Wert von 650 Milliarden US-Dollar an seine Mitgliedsstaaten auszuschütten (siehe S. 1f). Damit nimmt nun endlich auch der IWF eine ähnlich unterstützende Rolle für Länder des Globalen Südens ein wie die Europäische Zentralbank für die der Eurozone.

Ein zentrales Problem ist das Missverhältnis zwischen den Politikoptionen reicher und armer Länder, auf die Krise zu reagieren. Laut UNO gaben Regierungen seit Beginn der Krise die gewaltige Summe von 18 Billionen US-Dollar für Rettungs- und Konjunkturpakete aus. Allerdings fast ausschließlich in reichen Ländern, die den finanziellen Spielraum dafür hatten. Diese privilegierten Länder kommen deshalb besser durch die Krise. UN-Generalsekretär António Guterres warnte, dass die Krise zur »Diverging World«, zu einem weiteren Auseinanderdriften von Nord und Süd führen könne, wenn nicht entschieden

gegengesteuert wird. Er hat daher im Mai 2020 einen UN-Sonderprozess einberufen, an dem unter anderem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Generalsekretärin des Internationalen Gewerkschaftsbunds, Sharan Burrow, teilnahmen. Im September schlugen die Teilnehmenden ein Optionsmenu mit 200 Politikmaßnahmen vor. Dazu gehört die Einrichtung eines Globalen Fonds für soziale Sicherheit zur Ko-Finanzierung von Sozialsystemen in den ärmsten Ländern, in denen gerade Arbeiter_innen der informellen Ökonomie den Lockdowns schutzlos ausgeliefert waren.

Die meisten der Optionen harren allerdings nach der Umsetzung. Politischer Druck auf Regierungen und internationale Organisationen ist zentral. Schließlich kam auch die SDR-Ausgabe des IWF erst nach Kampagnen der Zivilgesellschaft zustande, an denen der IGB und nationale Gewerkschaften beteiligt waren.

Ziel muss sein, dem Globalen Süden finanziellen Spielraum zu verschaffen. Ein wichtiger Schritt ist dabei, Schulden ernsthaft zu streichen und damit den Geldabfluss aus den ärmeren Ländern an Gläubiger_innen zu stoppen. Ein anderer ist, Steuervermeidung und -hinterziehung anzugehen, besonders bei den transnationalen Konzernen und reichen Individuen. Dafür müssen neue internationale Steuerabkommen geschaffen werden, die auch den Bedürfnissen des Globalen Südens gerecht werden. Außerdem braucht es einen Umverteilungsmechanismus für die SDRs, denn derzeit würde mehr als die Hälfte der Allokation an die wirtschaftlich stärksten IWF-Mitglieder gehen, die keinen Devisenmangel haben. Auch die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit müssen weiter gesteigert und effektiv eingesetzt werden. Das kurzfristig wichtigste Ziel überhaupt ist die Sicherstellung der Impfstoffversorgung auch im Globalen Süden.

Die Gewerkschaften sollten sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung bei all diesen akuten Themen eine Führungsrolle einnimmt. In Deutschland ist es gerade im Krisen- und Bundestagswahljahr 2021 aber auch wichtig, dass die politischen Weichen langfristig gestellt werden. Effektive Entwicklungsfinanzierung muss daher sowohl in Wahlprogrammen der Parteien als auch im zukünftigen Koalitionsvertrag eine prominente Rolle einnehmen.



Der Autor: Bodo Ellmers ist Direktor des Programmbereichs Finanzierung für nachhaltige Entwicklung beim Thinktank Global Policy Forum. Zuvor koordinierte er

unter anderem die Interessenvertretung der europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen beim IWF und beriet die UN-Generalversammlung zu Themen wie Schuldenkrisen und Entwicklungsfinanzierung.



Foto: Global Policy

Land in Notsituation



Foto: ILO

Arbeit bleibt gleich, Reallohn wird weniger

Ende 2020 leben 45 Prozent aller Argentinier_innen unterhalb der Armutsgrenze. Wirtschaft und Gesellschaft seien in so einer kritischen Lage, dass das Land einen Schuldenerlass bei der UNO einfordern müsse, erklären Gewerkschaften zusammen mit anderen.

In einer »Erklärung zum 25. Mai«, dem argentinischen Nationalfeiertag, fordern bekannte Persönlichkeiten des Landes die Einstellung der Schuldentilgungen bei den internationalen Finanzorganisationen. »Unser Land befindet sich in einer Notsituation, die es daran hindert, sich den Schuldenverpflichtungen zu stellen, die insbesondere mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und anderen Organisationen geschlossen wurden«, heißt es in der Erklärung. Darunter stehen auch die Unterschriften aller wichtigen Gewerkschaftsführenden des Landes.

»Argentiniens Regierung muss die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds aussetzen«, fordert auch Alejandro López Mieres, der am Instituto de Pensamiento y Políticas Públicas (IPPP) in Buenos Aires zu Wirtschaft und Verschuldung forscht. Stattdessen solle sich die Regierung, meint er, direkt an die Vereinten Nationen, die UNO, wenden. Der Währungsfonds ist eine Sonderorganisation der UNO. Dort solle sie einen teilweise Schuldenerlass sowie einen mehr als zehn Jahre laufenden Tilgungsplan einfordern.

Konkret geht es dabei um einen 2018 gewährten Kredit in Höhe von 57 Milliarden US-Dollar (47 Milliarden Euro), von denen 44 Milli-

arden Dollar (36 Milliarden Euro) an Argentinien ausbezahlt wurden. Es ist die mit Abstand größte Kreditsumme, die der IWF jemals einem Land bereitgestellt hat. Bis Ende 2021 müssen knapp 4,5 Milliarden Dollar (3,7 Milliarden Euro) davon getilgt werden. Milliarden, die die Regierung in Buenos Aires nicht aufbringen kann. Die laufenden Umschuldungsverhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

»Durch Schuldentilgung bedingte Einsparungen im Haushalt dürfen allein schon wegen der Konsequenzen der Pandemie nicht akzeptiert werden«, sagt López Mieres. Da die IWF-Statuten aber weder einen Schuldennachlass noch eine Kreditlaufzeit von mehr als zehn Jahren zuließen, müssten diese Forderungen an die Vereinten Nationen gerichtet werden. Argentinien käme damit eine Vorreiterrolle zu, so der Forscher des Instituts, das dem unabhängigen Gewerkschaftsverband Central de Trabajadores Argentinos Autónoma (CTAA) nahesteht. Der CTAA wurde 1992 als Alternative zu den traditionell peronistischen Gewerkschaftsverbänden gegründet. Er vertritt nach eigenen Angaben 1,2 Millionen Mitglieder.

Aber nicht erst die Folgen der Pandemie haben Argentiniens Wirtschaft und Gesellschaft in eine kritische Lage versetzt. Als der linksgerichtete Alberto Fernández im Dezember 2019 das Präsidentenamt antrat, lebte bereits jede_r Dritte der rund 45 Millionen Argentinier_innen unterhalb der Armutsgrenze. Die Wirtschaftsrezession dauerte bereits zwei Jahre an. Die Inflationsrate betrug 2019 offiziellen Angaben zufolge 53,8 Prozent. Die Reallohne der abhängig

Beschäftigten sanken erneut, da die von den Gewerkschaften ausgehandelten Lohnerhöhungen den Kaufkraftverlust nicht ausgleichen konnten. Noch härter traf es jene, die sich im informellen Bereich der Ökonomie mit prekären Arbeitsverhältnissen durchschlagen müssen. Er macht gut 40 Prozent der Volkswirtschaft Argentiniens aus.

Im Kassenbuch des Staates standen Verbindlichkeiten von 312 Milliarden US-Dollar (256 Milliarden Euro), darunter auch die 44 Milliarden Dollar vom IWF. Präsident Alberto Fernández erklärte denn auch die Neuverhandlung dieser erdrückenden Schuldenlast zu einer zentralen Aufgabe. »Die Regierung sprach von einer nicht bezahlbaren Schuld und kündigte Verhandlungen zuerst mit den privaten Gläubigern und danach mit dem IWF an«, so López Mieres. Die Vorgabe war, die jährliche Schuldentilgung auf ein Maß zu reduzieren, das Investitionen durch den Staatshaushalt sowie einen finanziellen Handlungsspielraum für eine effektive Sozialpolitik ermöglichen sollte.

Im Oktober 2020 einigte sich die Regierung schließlich mit den größten privaten Gläubigern auf eine Reduzierung der Verbindlichkeiten sowie längere Laufzeiten für die Tilgungen. »Der große Erfolg dieser Umstrukturierung bei den Privaten bestand darin, dass der durchschnittliche Zinssatz halbiert und die Kapitallaufzeiten so verschoben werden konnten, dass bis 2023 nur sechs Prozent der ursprünglichen Tilgungssumme gezahlt werden muss«, erklärt er. Und doch war es nicht mehr als eine Atempause in dem im März 2020 vom Coronavirus erfassten Land. Durch Quarantäne und Lockdown schrumpfte die Wirtschaft im vergangenen Jahr um zehn Prozent. Mit flankierenden Maßnahmen versuchte die Regierung, die finanziellen Verluste vor allem der unteren Einkommenschichten einzudämmen, gewährte den Unternehmen Lohnzuschüsse. Wieder überstieg die Inflationsrate die vereinbarten Lohnanpassungen und wieder rutschten viele in die Armut ab. Ende 2020 lebten 45 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze.

Wegen dieser Notsituation habe die Regierung starke Argumente für den Gang zu den Vereinten Nationen, sagt López Mieres. Das Kreditabkommen mit dem IWF verstoße gegen dessen eigene Statuten. Dort heißt es unter anderem, dass ein Land, welches sich in einer Situation der Kapitalflucht befindet, vom Fonds nicht unterstützt werden darf. »Während der damaligen Zeit betrug die Kapitalflucht aus Argentinien 77,3 Milliarden US-Dollar, von denen ein großer Teil aus den Dollarkrediten des Fonds stammt.«

 Autor: Jürgen Vogt lebt in Buenos Aires. Er berichtet für verschiedene Medien aus den lateinamerikanischen Ländern.

Wenn zu Hause die Jobs fehlen

In den Philippinen sind viele Menschen von Überweisungen ihrer Verwandten im Ausland abhängig. In der Coronakrise stabilisiert das Geld die Wirtschaft, die Probleme des Landes sind damit aber nicht gelöst.

Die weltweiten Rücküberweisungen von Arbeitsmigrant_innen in ihre Heimat sind im Pandemiejahr 2020 anders als vorhergesagt kaum zurückgegangen. Die Überweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen betrugen laut Weltbank im ersten Pandemiejahr 540 Milliarden US-Dollar (443 Milliarden Euro) und damit nur 1,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Im Vergleich dazu gingen ausländische Direktinvestitionen in diese Länder (ohne China) um 11 Prozent zurück. In der Finanzkrise 2009 waren die Überweisungen noch 4,8 Prozent geschrumpft.

Je nach Ziel- und Herkunftsland der Migrant_innen gibt es große Unterschiede. So schnitten die Philippinen als Land mit den weltweit vierthöchsten Rücküberweisungen (2020: 33,19 Milliarden Dollar, 27 Milliarden Euro) überdurchschnittlich ab. Die Transfers in den südostasiatischen Inselstaat gingen nur um 0,8 Prozent zurück. Im August hatte die Asian Development Bank noch ein Minus von 20,2 Prozent erwartet, die philippinische Zentralbank erst 5, dann 2 Prozent.

Die Philippinen profitierten davon, dass fast 40 Prozent der Überweisungen aus den USA kamen. Dort war der pandemiebedingte Wirtschaftseinbruch milde, die Transfers stiegen. Dagegen erhielt Indonesien 17,3 Prozent weniger Überweisungen. 60 Prozent der indonesischen Arbeitsmigrant_innen waren in Saudi Arabien und Malaysia beschäftigt, die massiv Arbeitskräfte zurückschickten.

Laut Weltbank waren die globalen Rücküberweisungen 2020 höher als alle ausländischen Direktinvestitionen und Entwicklungshilfegelder zusammen. Die migrantischen Transfers tragen so stark zum Brutto sozialprodukt der Entsendeländer bei, in den Philippinen sind es 9,2 Prozent, es ist zugleich die größte Devisenquelle. Das Land mit 108 Millionen Einwohner_innen zählt 13 Millionen Landsleute im Ausland, davon sind rund 10 Millionen Arbeitsmigrant_innen, beliebt wegen ihrer Englischkenntnisse und guter Bildung.

Filipinos und Filipinas arbeiten als Krankenschwestern und Pfleger in den USA und anderen westlichen Ländern, aber auch auf Baustellen in den Golfstaaten, als Haushaltshilfen in Hongkong und Singapur und als Seeleute. Ein Viertel aller Schiffsbesatzungen weltweit kommt aus den Philippinen. Bis Ende 2020 kehrten wegen

der Pandemie 550.000 philippinische Arbeitsmigrant_innen in ihre Heimat zurück, weitere 126.000 warteten an Weihnachten 2020 noch darauf, zugleich gingen Neuentsendungen um 75 Prozent zurück.

»Unsere Arbeitsmigrant_innen mussten schon früher mit Krisen umgehen, doch kehrten noch nie so viele auf einmal zurück,« sagt Ellene Sana vom regierungsunabhängigen Center for

»Inzwischen gehen unsere Landsleute schon seit 45 Jahren zum Arbeiten ins Ausland.«

Migrant Advocacy in Manila den Nord-Süd News. Sie erinnert an Kriege wie im Libanon und Pandemien wie Sars oder Ebola. »Die Rücküberweisungen gingen jetzt kaum zurück, weil die Migranten wissen, dass ihre Familien auf sie angewiesen sind.«

Jennifer Albano vom Labor Education and Research Network (LEARN), einer Projektpartnerin des DGB-Bildungswerkes, sagt: »Die Philippinen hatten einen der härtesten Lockdowns. Der hat hier viele Jobs gekostet. Ohne das Geld der Angehörigen im Ausland hätten viele Familien nicht überlebt.«

Die Regierung half den Migrant_innen mit 77 Millionen US-Dollar (63 Millionen Euro) für Flugtickets, Cashhilfen, Lebensmittelrationen oder Transporten von der Hauptstadt Manila in die Heimatprovinzen. »Unsere Regierung reagierte etwas besser als andere, aber die Hilfe reichte vorn und

hinten nicht«, sagt Sana. Ihre Organisation half Lebensmittel zu verteilen. Albano erinnert daran, dass zurückgekehrte Migrant_innen wegen Behördenchaos ihre Quarantäne teilweise tagelang auf der Straße verbringen mussten.

»Arbeitsmigration war mal als vorübergehende Lösung gedacht, weil es hier nicht genug Jobs gibt«, sagt Sana, »doch inzwischen gehen unsere Landsleute schon seit 45 Jahren zum Arbeiten ins Ausland«. Das Hauptproblem seien die niedrigen Löhne. »Eine Lehrerin verdient hier weniger Geld, als wenn sie in Hongkong als Haushaltshilfe arbeitet.«

Die philippinische Wirtschaft schrumpfte 2020 pandemiebedingt um 9,5 Prozent. Gingen 2019 noch 17.000 philippinische Pflegekräfte ins Ausland, galt ab April 2020 für medizinisches Fachpersonal ein Beschäftigungsverbot im Ausland. Seit Jahresbeginn 2021 dürfen insgesamt 5.000 Pflegekräfte ausreisen.

Im Februar bot Manila der britischen und deutschen Regierung sogar zusätzliche Pflegekräfte im Tausch für Covid-19-Impfstoff. London und Berlin lehnten ab. Jocelyn Andamo von der Organisation Filipino Nurses United sagte Reuters: »Wir sind entsetzt, dass die Regierung mit Pflegekräften umgeht wie mit Rohstoffen und Exportprodukten.« Die Pandemie zeigte für Albano nicht nur, dass die Regierung keine überzeugende Politik des Umgangs mit der Krankheit hat, sondern auch, dass Arbeitsmigration eben keine entwicklungsorientierte Wirtschaftspolitik ersetzt: »Wir brauchen mehr Jobs im Land. Menschen sollten nicht zur Migration gezwungen werden, sie sollte nur eine Option sein.«

 Autor: Sven Hansen lebt als Journalist in Berlin und bereist Asien regelmäßig



Mitglieder der Organisation, Bannuar Ti La Union, die sich für migrantische Arbeiter_innen einsetzt

Foto: UN Women

»In der Branche grassiert der Burnout«

Gewerkschafterin Rosa Pavanelli fordert Investitionen im Gesundheitssektor, um die Folgen von Covid-19 zu überwinden.

Nord|Süd news: Sie wurden von den Balkonen aus beklatscht, Politiker sprachen vom unterschätzten Wert ihrer Arbeit. Frau Pavanelli, hat sich über ein Jahr nach dem Beginn von Covid-19 etwas für die Beschäftigten im Gesundheitssystem geändert?

Rosa Pavanelli: Die Pandemie hat den katastrophalen Zustand der Gesundheitssysteme weltweit offengelegt. Seit Jahren wird hier drastisch bei Personal und Ressourcen gespart. Deshalb war man in allen Teilen der Erde völlig unvorbereitet auf Corona. Überstunden, Urlaubsverbote, harte Schichten waren die Folge.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO geht inzwischen von bis zu 180.000 Toten aus.

Das halte ich für realistisch. Am Anfang gab es selbst in den entwickelten Ländern nicht genug Schutzkleidung. In einigen Ländern des Südens ist die Situation sogar heute noch so. In Afrika, in Indien, in Brasilien und anderswo spielt sich weiter eine Tragödie in den Krankenhäusern ab. Auch in vielen Industriestaaten ist es katastrophal. Ich komme aus Italien. Meine Schwester ist Krankenschwester. Sie hat seit November erst einen Tag frei machen können.

In Deutschland gab es immerhin einen Bonus für Pflegekräfte. Reicht das als Anerkennung?

Nein. Auch in anderen Ländern Europas oder in den USA haben die Mitarbeitenden Ausgleichszahlungen erhalten. Aber niemand hat die entschädigt, die infiziert wurden oder sogar starben. In vielen Ländern geht mit der Infektion ja nicht nur eine Stigmatisierung der Erkrankten einher, deren Familien erhalten im Todesfall auch

keine Entschädigung. Außerdem ist die Personaldecke im öffentlichen Gesundheitswesen viel zu dünn. Je länger die Arbeitszeit, desto höher ist die Gefahr, sich zu infizieren. Das heißt: Wir brauchen mehr Geld im Gesundheitssystem.

Wofür?

Die Pandemie enthüllte auch die große Lüge, dass globale Lieferketten uns adäquat versorgen können. Als alle plötzlich gleichzeitig Masken oder Schutzkleidung benötigten, entstand ein gefährlicher Nationalismus. Die Lieferketten müssen also drastisch verkürzt werden: Jeder Staat muss sich mit solchen Materialien selbst versorgen können.

»In Europa und anderen Regionen der Welt ist das Personal mittlerweile zum großen Teil geimpft, aber Fehlanzeige im Globalen Süden.«

Außerdem forderte die UN-Vollversammlung bereits 2016, dass wir weltweit rund 18 Millionen zusätzliche Stellen im Gesundheitssektor brauchen, allein um Kürzungen auszugleichen, vor allem in den ärmeren Ländern.

Was ist seitdem passiert?

Nichts. Selbst in den Philippinen und anderen Ländern, die Gesundheitsfachkräfte »exportieren«, war die Situation während der Pandemie dramatisch. Inzwischen grassiert in der Branche auch der Burnout. Das heißt, dass viele sich bald eine andere Beschäftigung suchen werden. Kein Wunder: In Europa und anderen Regionen der Welt ist das Personal mittlerweile zum großen Teil geimpft, aber Fehlanzeige im Globalen Süden. Das alles beschleunigt einen Teufelskreis. Deshalb benötigen wir unbedingt eine Freigabe

von Impfstoffpatenten.

Länder wie Deutschland sind dagegen.

Die deutsche Pharmaindustrie ist dagegen. Das ist unverantwortlich, selbst die USA haben sich inzwischen dafür ausgesprochen.

Warum sollen die Impfkonzerne ihre Patente freigeben?

Das US-Pharmaunternehmen Pfizer hat 9 Milliarden US-Dollar staatliche Unterstützung bekommen, 97 Prozent der Forschung für den Impfstoff von AstraZeneca/Oxford wurde öffentlich finanziert. Pfizer, AstraZeneca und Johnson & Johnson verteilten aber im vergangenen Jahr insgesamt 26 Milliarden US-Dollar an Dividenden und durch Aktienrückkäufe an ihre Aktionäre. Damit hätte man 1,3 Milliarden Menschen impfen können – oder ganz Afrika! Einige nennen das Impf-Apartheid. Es ist eigentlich dieselbe Situation wie vor einigen Jahren, als Big Pharma die Produktion von Generika gegen HIV verhinderte. Als der Patentschutz für diese Medikamente auslief, hatten wir 30 Millionen Leben verloren.

Viele Regierungen und auch die Weltbank haben versprochen, mehr in den Sektor zu investieren.

Vor allem private Firmen haben von den Geldern profitiert. Laut uns vorliegenden Daten aus Seniorenheimen ist ganz klar: Wo private Firmen zuständig sind, gibt es mehr Tote bei Personal und Patienten.

Was tut PSI konkret, um die Situation zu verbessern?

Wir arbeiten gemeinsam mit WHO, ILO oder OECD daran, künftig besser auf neue Pandemien vorbereitet zu sein. Zum Beispiel muss Covid-19 als Berufskrankheit für alle im Gesundheitssektor anerkannt werden. Außerdem setzen wir uns bei Internationalem Währungsfonds und Weltbank dafür ein, dass die Ausgaben im öffentlichen Gesundheitssektor nicht mehr gedeckelt sein sollen.

Mit welchem Erfolg?

In Europa sind die Maastricht-Regeln flexibler geworden, weil alle den Ausnahmezustand erkannt haben. Ähnliches muss auch im Globalen Süden passieren. Der IWF ist in dieser Hinsicht sensibler geworden, die Weltbank nicht. Eine echte Wende sehe ich nur in der US-Politik: Fast schon unglaublich, dass sich Präsident Biden für eine globale Mindeststeuer für Unternehmen in Höhe von 15 Prozent stark macht.

 Rosa Pavanelli, Jahrgang. 1955, ist seit 2012 Generalsekretärin von Publik Services International, der globalen Gewerkschaftsvereinigung für den öffentlichen Sektor. PSI hat 700 Mitgliedsgewerkschaften in 154 Ländern mit 30 Millionen Mitgliedern. Interviewer: Kai Schönberg ist Journalist in Berlin.



Foto: PSI

Rosa Pavanelli erwartet, dass sich viele Gesundheitsfachkräfte eine andere Beschäftigung suchen werden

Konzerne als Hebel für Gewerkschaftsarbeit



Foto: Gerry Poppelstone (CC BY-NC-ND 2.0)

179 Textilfabriken in Dhaka sind geschlossen, weil westliche Firmen ihre Aufträge storniert oder verschoben haben. Diese Frauen kämpfen um Aufmerksamkeit

Es erscheint paradox: IndustriAll nutzt die Macht großer Markenfirmen, um die Lage der Textilbeschäftigten in Bangladesch zu verbessern.

»Wir kooperieren stark mit Markenfirmen wie H&M und Inditex«, sagt Rafiqul Alam aus Bangladesch. Sein dreiköpfiges Team beim globalen Gewerkschaftsverband IndustriAll versucht, Gewerkschaftsstrukturen in der Textilwirtschaft des südasiatischen Landes aufzubauen. Kein einfaches Unterfangen. Bevor Corona 2020 zu Massenentlassungen führte, arbeiteten über 4 Millionen Menschen in der mit Abstand wichtigsten Export-Branche Bangladeschs. Nur in einem Bruchteil der Produktionsbetriebe gibt es eine Beschäftigtenvertretung. Ausgerechnet die europäischen Modekonzerne unterstützen IndustriAll dabei, dass sich das ändert. Sie wollen nicht noch einmal einen Imageschaden riskieren wie 2013, als in einem Vorort von Dhaka das Fabrikgebäude Rana Plaza einstürzte und über 1.100 Menschen starben.

In Bangladesch sind Gewerkschaften Betriebsorganisationen. Um eine zu gründen, müssen 20 Prozent der Belegschaft mitmachen. Doch das ist gefährlich. »Wenn die Unternehmensleitung was mitkriegt, werden die Initiatoren oft gefeuert. Die Organisationsarbeit muss deshalb meist heimlich passieren«, so Alam. Ist das aber geglückt, können die Belegschaften mit Unterstützung rechnen, falls ihre Firma Kleidung für bestimmte internationale Modefirmen pro-

duziert. Inditex, zu dem Marken wie Zara gehören, Esprit, H&M, Tchibo und andere haben sich nämlich verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihre Lieferanten die Kernarbeitsnormen einhalten – wozu das Recht auf Kollektivverhandlungen gehört.

IndustriAll nutzt das als Hebel. Erfahren die großen Brands von Verstößen, üben sie Druck auf die Zulieferer aus. Deshalb informieren die Gewerkschaftsorganisationen sie regelmäßig. Bereits jetzt sind dadurch hunderte von Fällen auf den Tisch gekommen. Die Firma Tanzila Textile sah sich beispielsweise gezwungen, 12 Arbeiter_innen wieder einzustellen und ihnen den Lohn nachzuzahlen. Ihnen war gekündigt wor-



Rafiqul Alam

den, weil sie einer neuen Gewerkschaft beitreten wollten.

Rafiqul Alam und seine Leute arbeiten in Bangladesch mit 16 Föderationen zusammen, zu denen sich die Betriebsgewerkschaften zusammenschließen. »In der ersten Phase ging es vor allem darum, diese Föderationen fit zu machen«, berichtet Susanne Ludwig vom Nord-Süd-Netz des DGB-Bildungswerks, das das Projekt seit 2017 unterstützt. Trainings- und Bildungsmaßnahmen wurden konzipiert, die globalen Abkommen in die Landessprache übersetzt und eine Studie beauftragt, die einen Überblick über die Branche liefern sollte: Wo befinden sich die Firmen, die am stärksten von den großen Markenfirmen abhängig sind? 500 Fabriken mit etwa 500.000 Beschäftigten wurden identifiziert. Parallel wurden die Förderationsmitarbeiter_innen darin geschult, wie sie bei der Entstehung neuer Gewerkschaften helfen können.

So gelang es innerhalb der ersten 3 Jahre, Beschäftigtenvertretungen in 26 Firmen neu zu installieren, in denen etwa 30.000 Menschen arbeiten. Corona hat die Entwicklung nun zwar deutlich gebremst. Doch Alam hofft, dass bald weitere 13 Organisationen die nötige Lizenz bekommen. Außerdem berichtet er von 30 Betriebsvereinbarungen und Tarifverträgen, die inzwischen abgeschlossen worden sind. Darin geht es nicht nur um höhere Löhne, sondern auch um zusätzliche freie Tage oder die Gleichbehandlung von Frauen. Auch ein- bis dreitägige Freistellungen für Gewerkschaftsschulungen konnten schon durchgesetzt werden. »Die Firmenleitungen tun, was die westlichen Modefirmen von ihnen verlangen«, so Alam.

»Wir sind abhängig von den westlichen Märkten«, fasste Rubana Huq vom Verband der Textilhersteller und -exporteure in Bangladesch die Lage im Frühjahr 2020 zusammen. Damals hatten viele europäische Abnehmer ihre Bestellungen storniert, weil die Läden pandemiebedingt geschlossen blieben.

Viele Fabriken standen vor der Pleite, auch staatliche Überbrückungskredite verhinderten nicht, dass es zu Massenentlassungen kam. Zwar platzten am Ende nur 10 Prozent der Aufträge direkt, doch die Abnehmer streckten die Zahlungsfristen und bestellten danach deutlich weniger Ware als in den Vorjahren. Als im Frühjahr 2021 in Bangladesch erneut ein Lockdown stattfand, wurden die Textilfirmen explizit davon ausgenommen, um die Bestellungen pünktlich ausliefern zu können. Zugleich läuft gegenwärtig die Debatte, ob der auslaufende Vertrag zum Brandschutz verlängert wird, zu dem sich internationale Konzerne nach der Katastrophe von Rana Plaza verbindlich verpflichtet hatten.



Autorin: Annette Jensen lebt in Berlin. Sie schreibt über soziales und ökologisches Wirtschaften.

Mehr Schutz für Umweltaktivist_innen

In Lateinamerika ist jetzt das regionale Escazú-Abkommen über Umweltschutz und Menschenrechte in Kraft getreten. »Das ist weltweit das erste Regionalabkommen, das explizit Umweltaktivisten schützt«, sagte die Leiterin der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (Cepal), Alicia Bárcena. Die Regeln



Foto: Michael Bamford (CC BY-NC-ND 2.0)

gen des Vertrags könnten künftig auch weltweit in Lieferkettengesetze einfließen. Das Abkommen gilt als Meilenstein für die Durchsetzung von Umweltschutz und Menschenrechten. Es schreibt Informationspflichten bei Umweltkonflikten, Klagerechte der von Ressourcenausbeutung betroffenen Menschen und Schutzmechanismen für Umweltaktivist_innen fest. In der Region kommt es zum Beispiel bei Bergbau-Projekten immer wieder zu Konflikten.

Beste Covid-Reaktion: Argentinien



98 Prozent der Beschäftigten weltweit bekommen nicht das Krankengeld, die Lohnersatz- und die Sozialleistungen, die nötig wären, um die Covid-19-Pandemiefolgen aufzufangen. Das zeigt eine neue globale Studie des Internationalen Gewerkschaftsbunds IGB und der UNI Global Union, für die die Autor_innen die Coronapolitik von 124 Ländern, sowie US- und australischen Bundesstaaten und kanadischen Provinzen untersuchten: Wo sind Arbeitende in der Produktion und mit Kund_innenkontakt am besten geschützt, wie hoch sind die Entschädigungen, wie gut Sozialversicherungsprogramme und Gesundheitssysteme? Überraschender Spitzenreiter ist Argentinien vor Österreich, Schweden, Frankreich und Spanien.

Der Bericht: https://uniglobalunion.org/sites/default/files/files/news/covid-19_an_occupational_disease.pdf#overlay-context=

Milliarden für sozial-verträglichen Wandel

17,5 Milliarden Euro will die EU für den Ausstieg aus klimaschädlichen Energien und einen geordneten Übergang zur grünen Wirtschaft zur Verfügung stellen. Bis 2050 will die EU klimaneutral werden. Das Geld aus dem Just Transition Fund soll für Umschulungen, Weiterbildung und die Unterstützung von Arbeitssuchenden eingesetzt werden, auch Start-Ups und kleine Unternehmen sowie nachhaltige neue Technologien können davon gefördert werden. In Deutschland dürften zum Beispiel die Lausitz und das Rheinische Revier davon profitieren. Vor kurzem hat das Europaparlament die Gelder gebilligt. Ab kommendem Jahr dürfte das Geld ausgezahlt werden. Deutschland erwartet rund 2,3 Milliarden Euro.

Pseudo-Schutz in Freihandelsabkommen

Die Nachhaltigkeitskapitel in den neueren EU-Freihandelsverträgen sind nicht ausreichend wirksam. Das zeigen die Ergebnisse des Streitbeilegungsverfahrens zum Vertrag zwischen der EU und Südkorea. Anfang des Jahres entschied eine Sachverständigengruppe, dass die koreanische Gesetzeslage nicht den Mindeststandards des Freihandelsabkommens entspricht. Unter anderem bemühe sich die Regierung nicht um die Ratifizierung der Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und damit um den Schutz der Arbeitenden vor Willkür und Ausbeutung. Internationale Gewerkschafter_innen prangern seit Jahren zunehmend unhaltbare Zustände an, zu denen Razzien und Verhaftungen von koreanischen Gewerkschafter_innen, Einschüchterung, Schikane und Entlassungen sowie Tod durch Arbeitsüberlastung gehören.

Die EU-Kommission lobte den Bericht der Sachverständigen. Tatsächlich wird er aber wohl folgenlos bleiben – das im Freihandelsvertrag vorgesehene Streitbeilegungsverfahren sieht weder Sanktionen noch andere Maßnahmen vor. Die Nachhaltigkeitskapitel hätten einen Konstruktionsfehler, bemängeln Gewerkschaften deshalb. Man werde »die Entwicklungen in den kommenden Jahren daher sehr aufmerksam verfolgen und mit Hilfe des Europäischen Parlaments politischen Druck auf die EU-Kommission ausüben, falls diese keine weiteren Schritte zur Einhaltung des Nachhaltigkeitskapitels unternimmt«, schreibt der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Mehr: <https://www.dgb.de/++co++c5d4e328-af30-11eb-96f8-001a4a160123>

Filmtipp: Percy!

Percy und Louise Schmeiser sind kanadische Farmer. Sie züchten gentechnikfreie, an die regionalen Bedingungen angepasste Rapssorten. Eines Tages werden auf ihren Feldern patentgeschützte gentechnisch veränderte Pflanzen gefunden, die als Samen auf den Acker geweht worden sein müssen. Statt die Schmeisers zu entschädigen, verklagt der Genkonzern Monsanto das Paar und fordert Lizenzgebühren. Ein jahrelanger, zermürbender Kampf beginnt, der die Farmer um die Welt treibt und ihnen letztlich den alternativen Nobelpreis einträgt. Regisseur Clark Johnson hat die Geschichte in großartigen Bildern verfilmt.

Kinostart: 1. Juli 2021



Foto: mia-film.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

